

einen Anstieg des bilateralen Handelsvolumens bis 2000 auf rd 20 Mrd. US\$ für denkbar hielten. Zur Zeit liegt das Volumen bei rd. sieben Milliarden mit einem starken russischen Defizit. (XNA, 9., 10., 12.11.97; AWSJ, 7.-8.11.97) -ma-

### 3 „Ideologische“ Besucher

Anfang Oktober hielt sich eine Delegation der Kommunistischen Partei Indiens (CPI) unter Führung ihres Vorsitzenden Ardhendu Bardhan in Beijing zu einem Gesprächsaustausch auf. Sie wurde von Li Ruihan, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und Vorsitzender des Nationalen Ausschusses der Volkskonsultativkonferenz empfangen und offensichtlich auch über die Notwendigkeit zu flexiblem Denken belehrt. Laut Li muß es zur Zeit vor allem darum gehen, daß „beide Länder ihre Freundschaft und Zusammenarbeit vertiefen“. Denn „beide Länder sind dabei, ihre Volkswirtschaften zu entwickeln und das Lebensniveau ihrer Bevölkerungen zu verbessern, und sie teilen gleiche oder ähnliche Ansichten über viele internationale Fragen.“ Zur „Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung“ vermerkte die chinesische Nachrichtenagentur nur, daß Li es zwar für richtig hielt, „daß einige kommunistische Parteien zu Beginn dieses Jahrhunderts in ihren Ländern die Macht ergriffen. Aber gleichzeitig gab es innere Gründe für das Scheitern der kommunistischen Bewegung in einigen Ländern in den späten achtziger Jahren.“ Beide Seiten dieser historischen Erfahrung beweisen, daß „die kommunistischen Parteien der Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft und der Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung Vorrang geben müssen“. (XNA, 2.10.97) -ma-

### 4 Indonesischer Verteidigungsminister zu Besuch

Anfang Oktober hielt sich Indonesiens Verteidigungsminister Edi Sudrajat zu einem mehrtägigen Besuch in China auf. Edi wurde u.a. von Li Peng empfangen, der „seine Befriedigung über die reibungslose Entwicklung der chinesisch-indonesischen Beziehungen“ in den neunziger Jah-

ren bekundete. Seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen 1990 sei es in einer beachtlichen Zahl von Fällen in internationalen Fragen zu Übereinstimmung gekommen. Für China stelle es ein wesentliches Element seiner Außenpolitik dar, die Beziehungen zu anderen Staaten in der Region zu stabilisieren, wobei „der wirtschaftliche Aufbau die Hauptaufgabe“ sei. In den Gesprächen mit Chinas Verteidigungsminister Chi Haotian stimmten beide Seiten verbal überein, daß eine stete Zusammenarbeit „förderlich für die Sicherheit und Stabilität in der Asien-Pazifik-Region“ sei. (XNA, 8., 9.10.97) -ma-

---

## Innenpolitik

---

### 5 Verfassungsänderungen stehen an: Aufwertung der nicht-staatlichen Wirtschaft

Infolge der ideologischen und ordnungspolitischen Neuerungen, die auf dem XV.Parteitag der Kommunistischen Partei gebilligt wurden, wird es auf der konstituierenden Tagung des IX.Nationalen Volkskongresses im März 1998 zu einigen wichtigen Änderungen in der Verfassung der VR China kommen. (*Jingbao Yuekan*, 1997/12, S.16-17)

Die geplanten Verfassungsänderungen, die auf einer Plenartagung des KP-Zentralkomitees zunächst gebilligt und dann vom Plenum des Nationalen Volkskongresses im März offiziell verabschiedet werden müssen, betreffen unter anderem folgende Fragen:

- Die „Deng-Xiaoping-Theorie“ soll nun auch in der Präambel der Verfassung (wie schon im revidierten Parteistatut der KPCh) neben Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Ideen verankert werden.
- Der Rang der nicht-staatlichen Wirtschaft und gemischter Eigentumsformen soll durch die Übernahme der entsprechenden Begrifflichkeiten und Formulierungen des jüngsten Parteitages deutlich erhöht werden. Die nicht-staatliche Wirtschaft soll nicht mehr als ausgegliederte

und nachrangige „Ergänzung“ (*buchong*) des sozialistischen Eigentums- und Wirtschaftsystems bezeichnet, sondern zu einem integralen „wichtigen Bestandteil“ (*zhongyao de zucheng bufen*) aufgewertet werden. Der Schutz und die Entwicklung von Individual- und Privatwirtschaft soll in der Verfassung festgeschrieben werden. Auch die Begriffe Aktiengesellschaften bzw. Aktiengenossenschaften sollen eventuell in den Verfassungstext aufgenommen werden.

- Die Förderung einer „sozialistischen geistigen Zivilisation“, die ein besonderes Anliegen Jiang Zemin ist und im Zentrum des 6.Plenums des XIV.Zentralkomitees 1996 gestanden hatte, soll in mehrere Passagen der Verfassung eingehen.
- Zur Diskussion steht auch die Streichung einzelner anachronistischer Begriffe wie etwa des „Internationalismus“ aus der Verfassung.

Nach den kleineren Revisionen, denen die von 1982 stammende Verfassung bereits 1988 und 1993 jeweils nach Parteitag unterzogen wurde, bringen die nun geplanten Veränderungen eine Anpassung des Verfassungstextes an die neuen ordnungs- und wirtschaftspolitischen Vorgaben des XV. Parteitages. Das politische Institutionengefüge Chinas wird durch die neuen Verfassungsänderungen nicht angefasst. Eine umfassende Verfassungsreform steht aus der Sicht der Parteiführung derzeit nicht zur Debatte. -hei-

### 6 Jiang Zemin und Qiao Shi demonstrieren Einigkeit

Das Ausscheiden Qiao Shis aus dem Ständigen Ausschuss des Politbüros hatte nach dem XV.Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas weitreichende Spekulationen in den internationalen Medien über einen „Machtkampf“ in der Parteispitze ausgelöst.

Im Widerspruch zu solchen Spekulationen stehen jedoch vielfältige Anzeichen dafür, daß es zwischen Jiang Zemin und Qiao Shi keineswegs zu einer offenen Feindschaft gekommen ist: Beim Einzug des Politbüros zu Beginn des Parteitages ließ Jiang Zemin Qiao Shi neben bzw. direkt hinter sich



laufen (obwohl eigentlich Li Peng die Nummer 2 in der Parteihierarchie ist) und unterhielt sich nach seiner Parteitagsrede für längere Zeit demonstrativ mit dem neben ihm sitzenden Qiao. Auch nach dem Parteitag steht Qiao Shi weiterhin bei offiziellen Anlässen auf dem dritten Rang der Parteihierarchie und tritt regelmäßig mit politischen Stellungnahmen in den chinesischen Medien hervor. (C.a., 1997/9, S.861-862)

Die Art und Weise von Qiaos „weichem“ Ausscheiden aus den höchsten Parteiämtern ist ein Novum in der Geschichte der Kommunistischen Partei. Jiang Zemin verfolgt nach Angaben der dank guter Beziehungen zu Beijing wohlinformierten Hongkonger Monatszeitschrift *Spiegel* (*Jing-bao Yuekan*, 1997/12, S.18-19) das Ziel, Qiao Shi einen würdevollen Abschied zu ermöglichen und so die Geschlossenheit der höchsten Parteiführung über die personellen Veränderungen hinweg zu wahren.

Jiang habe auf dem 1.Plenum des XV.Zentralkomitees unmittelbar im Anschluß an den Parteitag eine Drei-Punkte-Direktive (*sandian zhi-shi*) ausgegeben:

- Über Qiaos Aktivitäten muß auch nach dessen Ausscheiden aus dem Politbüro ausführlich in den Medien berichtet werden.
- Bei offiziellen Anlässen nehmen Qiao Shi und Liu Huaqing bis auf weiteres den gleichen protokollarischen Rang ein wie vor dem XV.Parteitag.
- Für Qiao ist weiterhin eine große Zahl von öffentlichen Auftritten zu arrangieren.

Darüber hinaus soll Jiang in einem persönlichen Gespräch Qiao darum gebeten haben, die Gesetzgebungsarbeit vor der kommenden konstituierenden Tagung des Nationalen Volkskongresses zu intensivieren und die Parteizentrale bei der Vorbereitung der Tagung mit Rat und Tat zu unterstützen. Qiao Shi habe die von Jiang Zemin angeordnete Vorzugsbehandlung seinerseits mit mehreren Loyalitätsbekundungen erwidert. So habe Qiao den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses in einer Grundsatzzrede jüngst darauf eingeschworen, unter der Führung der „Parteizentrale mit dem Genossen Jiang Zemin als Kern“ die Beschlüsse des XV.Parteitages konsequent umzusetzen.

Bislang ist der erstaunlich starke Zusammenhalt, den die Spitzenführung der Kommunistischen Partei in den neunziger Jahren unter dem Druck innen- und außenpolitischer Herausforderungen demonstriert hat, durch die personellen Veränderungen auf dem jüngsten Parteitag nicht sichtbar beschädigt worden. -hei-

## 7 Wei Jingsheng in die USA ausgereist - Chinesische Dissidenten kritisieren Wei

Der prominenteste chinesische Dissident, Wei Jingsheng, wurde am 16.November überraschend aus der Haft entlassen und durfte in die Vereinigten Staaten ausreisen. Offiziell wurden medizinische Gründe für die Ausreiseerlaubnis angegeben. De facto aber dürfte die „bedingte Haftentlassung“ Weis in unmittelbarem Zusammenhang mit der erst kurz zuvor beendeten USA-Reise Jiang Zemin stehen. Die chinesische Regierung will die Ausreise Weis als Geste guten Willens gegenüber dem Westen verstanden wissen. Menschenrechtsorganisationen hingegen kritisierten Beijings „Geiselpolitik“: Dissidenten würden als wertvolle „Geiseln“ immer nur dann freigelassen, wenn dies einen konkreten Nutzen in Chinas internationalen Beziehungen verspreche. (SCMP, 17./27.11.1997; SZ, 18./19.11.1997)

Nach seiner Ankunft in den Vereinigten Staaten begab sich Wei umgehend zur medizinischen Behandlung in ein Detroiter Krankenhaus. Ende des Monats akzeptierte Wei das Angebot der New Yorker Columbia University, als Gastforscher an der School of International and Public Affairs zu lehren. In ersten öffentlichen Stellungnahmen kündigte Wei eine Fortsetzung seines Kampfes für die Menschenrechte in China an, den er notfalls auch vom Ausland aus führen werde. (*Die Zeit*, 28.11.1997, S.12)

Weis Ausreise aus China wurde von überraschend harter Kritik seitens anderer, inzwischen auf freiem Fuß, aber unter Polizeiaufsicht in China lebender Dissidenten begleitet. So verurteilte etwa Xu Wenli, ehemals ein Mitstreiter Wei Jingshengs zu Zeiten der „Demokratiemauerbewegung“ 1978/79, in einem offenen Brief und in einem Interview die „herrische und despotische Haltung“ Weis im Hinblick auf die eigene Stellung in der chinesischen Regimeopposition. Wei maßte sich an, der „Vater der chinesischen

Demokratie“ zu sein. Dieser Titel gebühre aber nur Sun Yat-sen. „Oberflächlich gesehen scheint Wei eine herausragende Führungsfigur zu sein. In Wirklichkeit ist er das aber nicht“. (SCMP, 25.11.1997; IHT, 25.11.1997)

Auch ein anderer Veteran unter Chinas Dissidenten, Ren Wanding, bekräftigte in einem Telefoninterview seine frühere Kritik an Wei: Man dürfe Wei nicht zu hoch einschätzen und keinen „falschen Gott“ aus ihm machen. Wei solle den Friedensnobelpreis nicht bekommen. Man dürfe nicht erwarten, daß im Ausland lebende politische Aktivisten den Demokratisierungsprozeß in China beeinflussen könnten. (*Sing Tao Jih Pao*, Hongkong, 23.11.1997, nach SWB, 28.11.1997; IHT, 25.11.1997)

Es ist nicht auszuschließen, daß Xu Wenli und Ren Wanding ihre Aussagen unter dem Druck der chinesischen Sicherheitsorgane gemacht haben. Wahrscheinlicher aber ist, daß tatsächlich beträchtliche Rivalitäten unter den prominenten Dissidenten der älteren Generation bestehen. Die chinesische Exilopposition ist nach 1989 durch interne Streitigkeiten zusehends gelähmt worden. Wei Jingsheng wird vor diesem Hintergrund große Schwierigkeiten haben, in den Vereinigten Staaten die notwendige Unterstützung unter den verbliebenen aktiven Exilgruppen zu finden. Weis Chancen zu einer politischen Einwirkung auf die Entwicklung in China erscheinen auch deshalb äußerst begrenzt. -hei-

## 8 Weltbankgelder durch korrupte Funktionäre veruntreut

Nach Angaben der Staatlichen Rechnungskontrollbehörde haben korrupte Kader in den vergangenen Jahren größere Geldsummen aus Weltbankkrediten für überhöhte Gehälter oder für Spekulationsgeschäfte abgezweigt. Die Korruptionsfälle, so der Direktor der Abteilung für die Rechnungskontrolle bei der Verwendung ausländischer Finanzmittel, betreffen insbesondere landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte der Weltbank sowie in kleinerem Umfang auch der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) und anderer ausländischer Geldgeber. Bisher seien in den Provinzen Guangdong, Jiangxi, Hunan, Zhejiang, Fujian sowie in der Autonomen Region Guangxi entsprechende Fälle aufgedeckt worden.



Die Rechnungskontrollbehörde versicherte zugleich, daß sie die Aufsicht über die Mittelverwendung in Weltbankprojekten erheblich verschärfen werde. Dies richte sich auch gegen "örtliche Rechnungskontrollorgane, die bewußt Probleme kaschieren" und so die Aufdeckung von Korruptionsfällen behinderten. (SCMP, 24.11.1997)

Ein Sprecher der Weltbankrepräsentanz in Beijing machte deutlich, daß man sich trotz solcher Unregelmäßigkeiten weiterhin stark in China engagieren werde. Die chinesische Regierung habe die Rechnungskontrolle nach der Aufdeckung mehrerer Korruptionsfälle jüngst erheblich verstärkt. Außerdem hätten die bisherigen Fälle „kein so großes Ausmaß“ besessen, um das gesamte Hilfsprogramm in Frage zu stellen: „Dies ist nichts Einzigartiges. Es passiert in anderen Ländern auch.“ In China seien zudem die fehlgeleiteten Mittel nach der Aufdeckung der Korruptionsfälle durchweg wieder ihrem ursprünglich vorgesehenen Zweck zugeführt worden. (SCMP, 25.11.1997)

Die VR China ist seit 1980 zum größten Kreditnehmer der Weltbank aufgestiegen. Kredite in einem Volumen von 28 Milliarden US-Dollar sind inzwischen an China vergeben worden, darunter knapp acht Milliarden US-Dollar an niedrig verzinsten Krediten für die Agrarentwicklung. -hei-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 9 Qualitative Bildung

Seit mehreren Monaten wird die Bildungspolitik von dem Schlagwort „qualitative Bildung“ (*suzhi jiaoyu*) beherrscht (vgl. dazu C.a., 1997/7, Ü 9). Damit ist gemeint, daß Schulkinder nicht mehr ausschließlich für die Prüfungen lernen sollen, ihnen also nicht nur Prüfungsstoff eingeimpft wird, sondern daß ihnen Kenntnisse vermittelt werden, die sie in geeigneter Weise auf das 21. Jh. vorbereiten, daß sie vor allem selbständiges Denken, Eigeninitiative und Flexibilität lernen.

Um die qualitative Bildung zu fördern, hat die Staatliche Bildungskommission kürzlich „Einige Ansichten bezüglich der gegenwärtigen Förderung einer qualitativen Bildung an Grund- und Mittelschulen“ herausgegeben. Derartige Meinungsäußerungen der Zentrale haben für die örtlichen Regierungen einigermaßen bindende Wirkung, wenn auch keine Gesetzeskraft. Im vorliegenden Fall sollen die Ansichten der Bildungskommission hinsichtlich qualitativer Bildung in die allgemeine Bildungspolitik eingehen. In dem Rundschreiben sind zehn Maßnahmen niedergelegt, die zu einer qualitativen Bildung führen sollen.

1. Schwache Schulen sollen gestärkt werden. Dabei müssen die örtlichen Stellen von der realen Situation ausgehen und einen Gesamtplan zur Reform der schwachen Schulen vorlegen.

2. Lehrpläne und Lehrmaterialien sollen verbessert werden mit dem Ziel, das Niveau der Schüler anzuheben. Dabei soll ungeeigneter Lehrstoff entfallen und eine planmäßige, schrittweise Reform der Lehrpläne und Schulbücher auf der Grundlage pädagogischer Forschung und Erfahrung durchgeführt werden.

3. Es muß ein neues Bewertungssystem für die Einhaltung der Kriterien für qualitative Bildung aufgestellt werden; so müssen Prüfungsergebnisse neu bewertet werden; keinesfalls sollen die Übergangsraten als Maßstab für das Niveau der Schulen und für die Arbeit der Lehrer dienen.

4. Die Reform der Aufnahmeprüfungen für die nächst höhere Schule muß beschleunigt werden. Dort, wo die neunjährige Schulpflicht eingeführt ist, müssen schnellstmöglich die Grundsätze verwirklicht werden, daß Absolventen der Grundschule ohne Aufnahmeprüfung in die Unterstufe der Mittelschule übernommen werden, und zwar in eine Schule in Wohnnähe (dies bedeutet, daß Schulen sich die Schüler nicht nach Begabung oder dem Geldbeutel der Eltern aussuchen dürfen, sondern daß sie alle Schüler in ihrem Bezirk aufnehmen müssen).

5. Das System der Aufnahmeprüfungen zu den Hochschulen soll reformiert werden (es soll flexibler gehandhabt werden, wobei man mehr und mehr von den national einheitlichen Aufnahmeprüfungen abkommen wird).

6. Die moralische Bildung soll verbessert und intensiviert werden.

7. Aufbau eines Kontingents von Schulleitern und Lehrern von hoher Qualität und Förderung der Lehrerfortbildung.

8. Bei der Reform hin zu qualitati-

ver Bildung soll von der Realität ausgegangen werden und sollen regionale Experimente gemacht werden. Außerdem soll die pädagogische Forschung intensiviert werden.

9. Entsprechend den vom Staatsrat erlassenen Bestimmungen sollen im Rahmen der Elementarbildung hervorragende Unterrichtsleistungen im Sinne der Vermittlung qualitativer Bildung ausgezeichnet werden.

10. Das Bildungswesen soll mit aller Kraft entwickelt werden. (RMRB, GMRB, 18.11.97)

In diesen zehn Punkten spiegelt sich eine Reihe von Bildungsreformen wider, die seit Beginn der Bildungsreform 1985 ins Auge gefaßt wurden, aber noch längst nicht alle verwirklicht sind. Dazu zählt als gravierendste Maßnahme die Abschaffung der Aufnahmeprüfungen im Pflichtschulbereich. Sie soll dazu beitragen, die Belastung der Schüler zu vermindern und ihnen den Prüfungsdruck zu nehmen. Auch die Reform der Curricula gehört dazu, doch werden hier keine konkreten Vorstellungen geäußert. Lediglich die Betonung moralischer Bildung zeigt an, daß diese ein wichtiger Bestandteil qualitativer Bildung zu sein hat. Die Reform der Lehrerbildung im Sinne festgelegter Qualifikationen ist ebenfalls angesprochen. Dies verdeutlicht, in welch hohem Maße eine qualitative Bildung von der Qualität der Lehrer abhängt.

Aus dem Zirkular geht nicht hervor, was unter „qualitativer Bildung“ genau zu verstehen ist. Aufschluß hierüber können Berichte einzelner Städte oder sonstiger Ortschaften über die praktische Umsetzung der Forderung nach qualitativer Bildung geben. Sie lassen erkennen, daß die moralische Formung der Schulkinder tatsächlich ein Wesensmerkmal qualitativer Bildung zu sein scheint. In einem Bericht über die Anhebung des qualitativen Niveaus der Schulkinder auf den Grund- und Mittelschulen der Sonderwirtschaftszone Shenzhen z.B. wird dargelegt, daß das Bildungsamt in Shenzhen zur Intensivierung der qualitativen Bildung besonderen Wert darauf legt, daß die Kinder auf der Schule auch körperliche Arbeit und gesellschaftliche Praxis lernen. Arbeitstechniken und praktische soziale Aktivitäten sind Pflichtfächer, und zwar müssen auf der Grundschule pro Woche mindestens zwei Stunden, auf der Mittelschule pro Woche mindestens drei Stunden Arbeitsunterricht gegeben werden. Außerdem müssen Grundschüler der oberen Klassen pro Jahr mindestens eine Woche an prak-